

KARL BIRKHÖLZER, JUDITH DELLHEIM,
ANNETTE FLADE, RAINER LAND,
MILANA MÜLLER, MATTHIAS PRIL
Diskussion I »Hans im Glück«

Ein Typ Industriegesellschaft ist in die Krise geraten. Die Polarisierung von Reichtum und Armut schreitet voran. Sozialökonomische Differenzierungsprozesse sind verbunden mit Deindustrialisierung sowie Zerstörung ökonomischer und natürlicher Ressourcen. Sie führen zur Reproduktionsunfähigkeit des Ortes. Fragen der Selbsthilfe Betroffener, der Restrukturierung von Krisenregionen, der Wiederherstellung funktionierender Wirtschafts- und Sozialbeziehungen am Ort und in der Region sind aufgeworfen. Damit verbinden sich Fragen der Veränderung der herrschenden Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise.

Eine Konzentration auf die vorhandenen Ressourcen ist zwingend notwendig. »Local work for local people – using local resources« heißt die Herausforderung. Vereinfacht gesagt: Die Menschen in den vom Weltmarkt vergessenen Regionen sollen ihres eigenen Glückes Schmied werden.

Ob und wie das zu machen ist, darüber diskutierte *Judith Dellheim* mit *Karl Birkhölzer*, Sozialwissenschaftler und Sprecher der Interdisziplinären Forschungsgruppe Lokale Ökonomie an der TU Berlin, *Milana Müller*, Chemikerin und in der Umweltbildung in der Ökohofkommune Tharandt tätig, *Matthias Pril* vom Ginsterhof in Brandenburg, der Potsdamer Ausländerseelsorgerin *Annette Flade* und dem Berliner Ökonomen *Rainer Land*. Die Überschrift lautete: »Hans im Glück«

JUDITH DELLHEIM: Sich in der Krise eine Chance suchen und schaffen, kann man so lokale Ökonomie verstehen, Karl Birkhölzer?

KARL BIRKHÖLZER: Wir erleben heute einen Konzentrationsprozeß von Kapital und Ressourcen in immer enger werdenden Räumen, die dort immer weiter wachsen. Aber gleichzeitig erfolgt ein Entleerungsprozeß aus anderen Räumen. Ressourcen werden von einem Raum in einen anderen geschafft. Eine Entwicklung, die wir im Verhältnis Nord/Süd oder Erste Welt/Dritte Welt schon länger kennen, und die inzwischen die Industriestaaten eingeholt hat, die sich nun unmittelbar vor unseren Augen vollzieht. Die großen Städte in Europa, und zwar alle – auch Berlin –, zeichnen sich durch eine innerstädtische Differenzierung aus, in der es kleine Wohlstandsinseln gibt, kapitalorientierte Zentren und drum herum mehr oder weniger große Krisengebiete. Das ist in dem Sinne eine neue historische Situation.

Eine gespaltene ökonomische Entwicklung bedeutet ebenfalls, daß die allgemeinen politischen Konzepte, die darauf ausgerichtet sind, weiteres wirtschaftliches Wachstum zu betreiben, diesen Krisenregionen nicht helfen. Im Gegenteil, sie helfen die Krise zu verschärfen. Das ist ein europaweiter Prozeß. Da es in Europa Krisenregionen schon seit längerer Zeit gibt, zum Beispiel an seinen Rändern in Irland, Schottland, Italien oder Frankreich, haben sich in diesen Regionen auch Gegenbewegungen gebildet.

Gegenbewegungen, die auf ökonomische Selbsthilfe setzen, weil Hilfe anderswo nicht herkommt. Aus diesen Bewegungen heraus ist das entstanden, was wir heute lokale Ökonomien nennen.

JUDITH DELLHEIM: Was ist lokale Ökonomie konkret?

KARL BIRKHÖLZER: Sie ist zunächst einmal eine Praxis. Eine Praxis von Gemeinden, von Individuen, von Menschengruppen, die sich selbst helfen und die diese Selbsthilfe auf ihre lokale Entwicklung, auf den Ort, an dem sie leben, beziehen. Sie ist über diese Praxis hinaus inzwischen eine soziale Bewegung für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung, die sich auch europaweit eigene Institutionen, Verbände und Zusammenschlüsse schafft. Unter anderem ein europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung, das inzwischen in fast allen Ländern Europas verbreitet ist und solche Gruppen und Initiativen zusammenfaßt. Das Netzwerk ist aber nicht das einzige. Es gibt darüber hinaus eine Fülle anderer, ähnlicher Initiativen.

Noch einmal zusammengefaßt: Lokale Ökonomie ist

1. eine Praxis
2. eine soziale Bewegung
3. inzwischen eine wissenschaftliche Disziplin geworden. Das heißt, irgendwann haben Betroffene, zu denen auch ich gehört habe, angefangen, diese Dinge wissenschaftlich zu betrachten. Und sie ist
4. über diese wissenschaftliche Disziplin hinaus so etwas geworden wie eine Theorie – ein neuer Entwurf für eine neue Ökonomie. Eine Ökonomie, die nicht von sich behauptet, daß sie die gesamten Probleme der Welt lösen will. Sie ist zunächst einmal eine Theorie für den Wiederaufbau und die Rekonstruktion von solchen Krisengebieten, und zwar im wesentlichen aus eigener Kraft, weil Hilfe anderswoher nicht kommt.

Das beste Beispiel dafür ist die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern. Ich hatte 1990 Gelegenheit, vor Kommunalpolitikern im Bauhaus Dessau über die möglichen Szenarien einer wirtschaftlichen Entwicklung im Osten Deutschlands zu reden. Das war damals noch weitgehend Vorausschau. Im Nachhinein betrachtet, kann man sagen, daß das im wesentlichen so eingetroffen ist.

Es gab vier Szenarien der wirtschaftlichen Entwicklung. Das eine war der »Umbau von oben« durch die Treuhänder. Im Grunde genommen war er eine Fortsetzung der alten DDR-Ökonomie unter westlichem Vorzeichen. Nämlich ein zentralistischer Umbau von oben, der entsprechend dem historischen Vorbild schiefge-

Die Fähigkeit zur sozialen Kooperation in der Reproduktion des eigenen Lebens, die restlos an die Kapitalmaschine vergeben worden ist, gilt es zurückzuerobieren: Selbstbestimmte sinnvolle Tätigkeit statt kapitalistische »Arbeit«, Verwandlung der mikroelektronischen Produktivkräfte in Muße statt in Konkurrenzhetze und »Arbeitslosigkeit«, autonome Selbstverwaltung statt Staatsapparat, bewußte Selbstverständigung der Produzenten statt subjektlose »Marktgesetze«. Diese Träume sind neu zu gewinnen gegen die bleiernde Traumlosigkeit des untergehenden politischen Zeitalters. Robert Kurz, freier Publizist, im »Freitag« 16/97

gangen ist: Es fand eine Konzentration wirtschaftlicher Restbestände in einigen Räumen statt, in den übrigen Räumen flächen-deckende Deindustrialisierung.

Zweites Szenario, das heute noch fast überall gültig ist: Die Hoffnung auf »Investition von außen«. Das heißt der Versuch, irgendeinen berühmten Investor anzulocken und ihn zu verleiten, daß er an einem bestimmten Standort irgend etwas macht und damit Arbeitsplätze schafft. Es war absehbar, daß dieses Konzept scheitern mußte, und zwar deshalb, weil es eigentlich nichts zu investieren gibt. Die Vorstellung von der Ansiedlung von Investoren setzt voraus, daß es dort ständig expandierende Märkte geben würde, die man nur zu bedienen braucht. Aber wir wissen natürlich aus der Ökonomie, daß die Sache ganz anders läuft: Immer kleinere Einheiten mit immer größerer Kapitalkonzentration sind in der Lage, immer größere Mengen von Produkten zu erzeugen und damit ganze Märkte zu beliefern. Insofern war historisch gesehen klar, daß die westdeutsche Industrie in der Lage sein würde, den gesamten ostdeutschen Markt allein zu bedienen. Es gab bereits 1989 unausgelastete Kapazitäten. Insofern hat die westdeutsche Industrie einfach nur die Chance ergriffen, ihre Kapazitäten auszulasten und die Konkurrenz vom Markt zu fegen. »Hoffnung auf Investitionen von außen war und ist ein zum Scheitern verurteiltes Konzept.

Das dritte Szenario hieß »passive Sanierung«. Das heißt, man macht nichts und überläßt den Prozeß sich selbst. Das Ergebnis ist, daß die Menschen aus dem Gebiet wegziehen, weil sie am Ort nicht mehr leben können. Auch das ist massenhaft passiert und geschieht noch immer.

Dann gibt es das vierte Szenario, das der »denkbaren und möglichen eigenständigen Entwicklung von unten aus eigenen Kräften«. Wir haben dieses Szenario anhand von Beispielen aus Westeuropa vorgestellt, aber es erwies sich bedauerlicherweise in den meisten Fällen als nicht interessant oder attraktiv genug. Es ist in nur ganz wenigen Fällen wirklich aufgegriffen worden in den neuen Ländern. Eines dieser Beispiele ist die Gemeinde Wulkow in der Nähe von Frankfurt/Oder. Das ist ein erfolgreiches Beispiel, der eine oder andere wird es kennen, das belegt, daß dieser Weg wirklich machbar und gangbar ist. Aber man muß bedauerlicherweise sagen, daß es offensichtlich zu fremd oder zu weit weg schien, um es in größerem Umfang aufzugreifen. Die Mehrheit der Kommunen hat es nicht getan. Das heißt, wir stehen immer wieder und immer noch an demselben Punkt.

JUDITH DELLHEIM: Wie kann man dieses vierte Szenario nun vielleicht für die Zukunft zum Leben bringen?

KARL BIRKHÖLZER: Grundsätzlich gibt es fünf Kriterien, in denen ein Umdenken stattfinden müßte, ein Perspektivwechsel, um sich überhaupt einem solchen Entwicklungspfad zu nähern.

Der erste Punkt ist, daß der Begriff Ökonomie, der eigentlich Wirtschaft heißt, neu gedacht und begriffen werden muß. Es ist bedauerlicherweise so, daß alle Dinge, die mit der Reproduktion zu

Muße und Wohleben sind unerläßliche Voraussetzungen aller Kultur.
Max Frisch (1911-1991)

tun haben, mit der Reproduktion von Menschen, der Umwelt, der Kultur, aus unserem Denken, aus dem Wirtschaftsbegriff vollkommen verschwunden sind. Wirtschaft scheint eine Produktionsmaschine zu sein, eine unendliche Produktion und Anhäufung von Gütern und Dienstleistungen, aber die Reproduktion der Produktionsgrundlagen selbst ist völlig aus dem Blickfeld geraten. Genau hier ist eigentlich unser Ansatzpunkt – im Bereich der Reproduktion. Es muß wieder ins Bewußtsein kommen, daß Ökonomie etwas Umfassenderes ist als reine Geldwirtschaft und daß der Begriff Arbeit bekanntlich einen Doppelcharakter hat. Daß er nicht nur Lohnarbeit, sondern auch immer konkret nützliche Tätigkeit gewesen ist.

Das zweite Kriterium betrifft die Frage der Investitionen. Wir haben uns in der Ökonomie angewöhnt, unter Investitionen ausschließlich die Investition von Geld oder Kapital zu verstehen. In Zeiten, in denen eben Geld und Kapital knapp sind, ist es sinnlos, danach zu rufen. Bleibt die Frage, was hätten wir statt dessen zu investieren? Da kommen wir natürlich auf den ungeheuren Reichtum an Arbeit. Irgendwie haben wir vergessen, daß wirtschaftlicher Erfolg aus Arbeit kommt, und daß die Nichtbeschäftigung von Arbeit wirtschaftlich gesehen das Dümme ist, was man tun kann. Das heißt, wir haben genügend Arbeit zur Verfügung, qualifizierte Arbeit mit Fähigkeiten und Kenntnissen.

Der dritte Punkt hängt mit dem zweiten zusammen: Wir haben uns angewöhnt, Arbeitslosigkeit zu finanzieren, haben dafür soziale Sicherungssysteme. Bei den Größenordnungen, die die Arbeitslosigkeit zur Zeit annimmt, ist es jedoch absehbar, wann auch der stärkste Sozialstaat nicht mehr in der Lage sein wird, die Kosten der Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das heißt, der Staat geht eigentlich an den Kosten der Arbeitslosigkeit zugrunde.

In der Öffentlichkeit wird jedoch das Gegenteil behauptet: Wir könnten Arbeit nicht finanzieren. Man müßte genau diesen Satz auf den Kopf stellen: Wir können Arbeitslosigkeit nicht finanzieren, muß es heißen. Unsere eigentliche Aufgabe besteht darin, daß die ja vorhandene Arbeit, die sich anbietet, so bezahlt, so finanziert werden kann, daß sie getan wird. An Arbeit ist kein Mangel. Wenn wir insbesondere an den Bereich der Reproduktion denken, dort gibt es unendlich viel notwendige Arbeit, die nicht getan wird. Und wir haben auf der anderen Seite immer mehr Menschen, die nichts tun dürfen. Das ist ein absurder Zustand. Die Aufgabe der Wirtschaft oder der Wirtschaftswissenschaft heute müßte darin bestehen, diese beiden Dinge wieder zusammenzubringen: das Angebot an Arbeitskräften und die Nachfrage nach notwendiger Arbeit.

JUDITH DELLHEIM: Da kommt dann aber gleich die Frage nach der Finanzierbarkeit.

KARL BIRKHÖLZER: Das ist finanzierbar. Nur nicht zu gewissen Bedingungen, an die sich die klassische Ökonomie gewöhnt hat, wonach die gesellschaftlich notwendige Arbeit in aller Regel nicht profitabel zu vermarkten ist. Nichtsdestoweniger wäre es aber denkbar, diese Arbeit auf sozialer Ebene zu organisieren. Wir

müßten dazu nur eine neue Form von Unternehmenskultur entwickeln, die sich von traditionellen Formen des Unternehmertums unterscheidet und verabschiedet. Wir nennen das »soziales«, »nicht gewinnorientiertes Unternehmertum«, das es eigentlich längst gibt. Es ist derjenige Bereich, in dem Arbeit künftig organisiert und auch finanziert werden kann.

Der vierte Punkt betrifft die Orientierung auf die Märkte. Die bisherige Ökonomie orientiert sich am sogenannten Weltmarkt. An dem, was international auf den Märkten angeboten und vertrieben werden kann. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit findet aber hauptsächlich lokal statt. Sie befindet sich auf lokalen Märkten. Dort, wo überhaupt Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, ist nicht im Bereich der Weltökonomie – dort ist der Markt in der Tat verteilt –, die Märkte, die entwickelt und geschaffen werden können, liegen auf der lokalen und regionalen Ebene. Dort wären lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe zu rekonstruieren. In diesem Bereich ist das Schaffen von Arbeitsplätzen möglich.

Ein letztes Kriterium: die nachhaltige Entwicklung. Das ist ein neues Verständnis von Wirtschaften, das davon ausgeht, möglichst nicht mehr an Ressourcen zu verbrauchen, als reproduziert werden können. Also wiederum eine kreislaufförmige Wirtschaft, die am ehesten auf lokaler, regionaler Ebene zu verwirklichen ist. 1992 wurde dazu auf der Welt-Umweltkonferenz in Rio die Lokale Agenda 21 verabschiedet. Dennoch hat man oft das Gefühl, das Ganze ist nur plakativ. Es wird nur vor sich hergetragen und nicht wirklich in die Tat umgesetzt.

JUDITH DELLHEIM: Sind die Praktikerinnen und Praktiker mit diesen Ausführungen wissenschaftlicher Art einverstanden? Welche Erfahrungen, Annette Flade, gibt es aus lokaler Ökonomie und alternativer Lebensweise als Selbsthilfe und soziale Bewegung?

ANNETTE FLADE: Wir sind in Babelsberg eine Gruppe, die etwa seit 1983 über den gemeindegkirchlichen Rahmen hinaus zusammenarbeitet. Seit 1990 haben sich in unserem Stadtteil gravierende Veränderungen vollzogen. Wir Frauen haben das gespürt. Die ersten von uns wurden arbeitslos. Die ersten alleinerziehenden Frauen hatten plötzlich Schwierigkeiten, ihre Wohnung zu bezahlen. Das war die Praxis, von der Karl Birkhölzer sprach.

Aus der eigenen Betroffenheit heraus fragten wir uns selbst: Wollen wir dieser Entwicklung zusehen? Um uns herum veränderte sich das Leben, Wohnen und Arbeiten der Menschen im Stadtteil. Plötzlich tauchten Herren auf, die versuchten, den dort Wohnenden die alten Häuser für »‘nen Appel und ‘n Ei« abzukaufen. Sie versprachen, die Häuser schnell zu sanieren. Aber wir merkten schnell, daß diese dann nicht mehr für die Babelsberger sein würden, weil die Wohnungen dann nicht mehr bezahlbar sind. So beschlossen wir, eine Initiative zu gründen. Wir nannten sie »Leben, Wohnen und Arbeiten im Weberviertel«. Damals war es noch recht unkompliziert, sich über Arbeitsfördermaßnahmen auch die Finanzierung zu organisieren. Eine Gruppe von vier Frauen stellte das Projekt innerhalb eines Jahres konzeptionell und finanziell auf die Beine. Während dieser Zeit richteten wir einen Dritte-Welt-Laden ein auf ehrenamtlicher Basis. Wir gründeten die Initiative »Bosnienhilfe«. Das war deshalb wichtig, weil wir versuchen, über diese Aktivitäten Arbeitsplätze zu schaffen. Der Stadtteilverein »Förderkreis Böhmisches Dorf« wurde ins Leben gerufen, der auch den Babelsbergern über den kirchlichen Rahmen hinaus Möglichkeiten des Engagements bieten sollte.

Unser Ansatz war von Anfang an kleinteilig und sehr konkret, was die Menschen befähigt hat, selbst initiativ zu werden, ihre Ressourcen wieder zu entdecken. Mit Hilfe des Technologienetzwerkes nahmen wir Kontakt mit den Berlinern auf. Die halfen uns, eine Stadtteilanalyse durchzuführen, nach dem Verfahren »Planning for real«, das es in anderen europäischen Ländern schon seit Jahren gibt. Ein Vierteljahr lang gingen wir dann Woche für Woche auf die Straße mit einem Modell, das Babelsberger gebaut hatten. Wir fragten die Menschen: Was könnt ihr euch vorstellen, davon mit euren eigenen Möglichkeiten umzusetzen. Die Ergebnisse dieser Stadtteilanalyse von unten waren überwältigend. Daraus entstanden weitere Initiativen. Eine trägt den Namen »Behindertengerechtes Babelsberg«, in der wir versuchen, gemeinsam mit Rollstuhlfahrern den Stadtteil für alle Menschen zugänglich zu machen. Es gibt eine Tauschbörse – einen praktisch bargeldlosen Handel von Tätigkeit gegen Tätigkeit.

Inzwischen haben wir unseren Solidario-Laden – oder Dritte-Welt-Laden – so etabliert, daß wir dort eine erste Arbeitskraft beschäftigen können. Auch bei der Bosnienhilfe gibt es zwei ABM-Stellen. Und – das war der eigentliche Schwerpunkt über zwei Jahre hinweg – wir haben Frauen qualifiziert im Baubereich, speziell in der Lehmbauweise. Viele Häuser in Babelsberg, die vor 150 Jahren entstanden, sind in dieser Technik gebaut worden. Inzwischen hat diese Projektgruppe, die aus 21 Personen besteht, ein Haus der Kirchengemeinde rekonstruiert. Die Gemeinde hat dafür das Haus für soziale Initiativen zur Verfügung gestellt – mit einem 25jährigen Nutzungsvertrag. Vielleicht ist gerade das ein praktisches Beispiel dafür, was Karl Birkhölzer theoretisch umschrieben hat mit einem Zusammenführen unterschiedlicher Bedürfnisse und Ressourcen im lokalen Bereich.

Müller ist das Realität. Warum geht eine studierte Chemikerin, die in ihrem Beruf vielleicht Karriere hätte machen können, auf einen Ökohof?

MILANA MÜLLER: Weil sie ihrer Berufung nachgehen wollte, etwas zu tun, was ihr wichtig ist, anderen ökologische Bildung zu vermitteln. Wir haben vor vier Jahren in Tharandt nahe Dresden ein Haus gekauft für die Grüne Liga, in dem wir unseren Ökohof eingerichtet haben. Hier leben jetzt acht Leute, die das Projekt betreiben, in dem ein Bestandteil die Umweltbildung ist, der zweite: die Selbstversorgung. Wir haben acht Ziegen, drei Bienenvölker, bauen im Garten Obst und Gemüse an. In die Rekonstruktion des Hauses haben wir selbst sehr viel Arbeit reingesteckt und zahlen dementsprechend wenig Miete. Das ermöglicht uns ein recht billiges Leben. Das heißt, wir sind nicht gezwungen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, die unheimlich viel Geld bringt. Ich gehe zum Beispiel einen Tag in der Woche arbeiten, um Geld zu verdienen, bei den anderen ist das ähnlich. Dadurch sind wir in der Lage, mit weniger fremdbestimmter Arbeit zu leben, können uns den Tätigkeiten widmen, die uns wichtig sind und uns ebenfalls Spaß machen.

Das versuchen wir u. a. auch in der Umweltbildung zu vermitteln. Zu den Veranstaltungen kommen vor allem Schüler oder ganze Schulklassen. In diesem Jahr wollen wir zum Beispiel mit den Schülern Zukunftswerkstätten organisieren zu den Themen »andere Lebensformen« und »ökologische Lebensweise«.

Inzwischen suchen wir auch die Zusammenarbeit mit den Bewohnern Tharandts. Wir wollen einen regionalen Markt organisieren, wo Bauern der Umgebung ihre Produkte verkaufen, wo die Töpferin am Ort ihre Waren anbietet usw., also wo Leute, die am Ort etwas produzieren, das wiederum dort verkaufen können. Das ist bei den Bürgern von Tharandt auf großes Interesse gestoßen.

JUDITH DELLHEIM: Die Berufung über den Beruf zu stellen, die Vielfalt der Arbeit genießen, alternativ wohnen, leben, arbeiten, ist das auch die Vorstellung des Ginsterhofprojektes?

MATTHIAS PRIL: Ich komme aus Berlin, bin hier groß geworden, arbeite auch hier. Ich könnte es mir bequem machen, mich einordnen in die »Arbeitsgesellschaft«, nach dem Motto: Mit dem Ellenbogenprinzip könnte man sicherlich etwas erreichen. Aber das ist nicht das, was ich möchte. Ein Job, mit dem man sich nicht identifizieren kann, Arbeit nur als Mittel zum Gelderwerb, das ist nicht meine Sache. Ich denke, man muß Zukunft schaffen. Man muß Möglichkeiten suchen, die eine gewisse Zukunftsperspektive bieten. So kam ich zum Ginsterhofverein.

Der Verein hat seinen Sitz in der Niederlausitz, im einstigen Braunkohlentagebauggebiet, in dem nach der Wende viele Menschen ihre Arbeit verloren haben, die ihr Lebensinhalt war, der ihnen nun verloren gegangen ist. So hatten wir mit dem Verein die Idee, etwas zu schaffen, womit die Leute auch etwas anfangen können. Viele Dörfer stehen durch den Tagebau leer. Wir haben uns eines ausgesucht und wollen es revitalisieren. In diesem Dorf gibt

es einen Hof mit einer schönen Gastwirtschaft mit einem großen Tanzsaal, mit Scheunen und Wohnraum. Wir wollen dieses Dorf wiederbeleben in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht.

Ursprünglich wollten wir auch nur gemeinsam wohnen, arbeiten und leben mit einer Selbstversorgung, soweit wie möglich. Doch dann haben wir uns viele Häuser angeschaut, und die Idee wurde immer größer, so daß wir schließlich meinten, nicht mehr nur für uns leben zu wollen, sondern auch die Leute aus der Umgebung mit einzubeziehen. Wir eröffneten die Gastwirtschaft, machen dort ab und an Kinoveranstaltungen oder Musik und anderes mehr. Unser Problem ist jedoch die Eigentumsfrage. Der Hof gehört uns nicht. Wir möchten ihn privat kaufen, aber die verwaltende Gesellschaft spielt mit verdeckten Karten. Dazu wurde eine Spendenaktion ins Leben gerufen. Jeder, der unseren Hof unterstützen möchte, kann symbolisch einen Quadratmeter zum Preis von 18 DM kaufen. So kamen in etwa anderthalb Monaten 20.000 Mark zusammen. Das hat uns großen Mut gemacht, das Projekt weiterzuverfolgen.

JUDITH DELLHEIM: Sieht sich Karl Birkhölzer durch die hier dargestellten konkreten Erfahrungen in seiner wissenschaftlichen Auffassung bestätigt? Inwiefern sind diese Erfahrungen verallgemeinerungswürdig? Und – kann lokale Ökonomie Massenarbeitslosigkeit beseitigen?

KARL BIRKHÖLZER: Es gibt bei der wirtschaftlichen Entwicklung von Krisenregionen keine Alternative zur Selbsthilfe. Und wenn wir hier nur von kleineren Beispielen gehört haben, sollten wir uns nicht täuschen lassen, daß das nicht auch in größerem Stil gemacht wird und gemacht werden kann.

Es gibt jedoch einen Unterschied zwischen dem Konzept von Lebensgemeinschaften und der lokalen Ökonomie. Letztere geht vom Ort aus, mit all seinen Menschen, die dort wohnen. Lebensgemeinschaftskonzepte setzten immer voraus, daß man sich versteht, verträgt, und dann bildet sich irgendwo eine Landkommune. Das ist eine Möglichkeit. Nur die lokale Ökonomie sucht Lösungen für alle Menschen am Ort. Insofern steht der Ort im Mittelpunkt des ökonomischen Handelns. Und Orte sind mehr als Standorte. Sie haben wenigstens drei Dimensionen: eine soziale, d. h. sie sind der Lebensmittelpunkt einer ganz bestimmten Bevölkerung, die sich an diesem Ort reproduzieren will. Der Ort befindet sich in einer ganz bestimmten natürlichen Umgebung, das ist die ökologische Dimension. Und jeder Ort hat eine ganz bestimmte Geschichte, die kulturelle Dimension. Alle drei Dimensionen unterliegen der Reproduktionsaufgabe, die durch die lokale Ökonomie geleistet werden soll. Dennoch bedeutet ortsbezogene Entwicklung, daß jeder Ort seine eigene Lösung finden muß, aus den Bedingungen, die er bei sich vorfindet.

Dann müssen die Menschen des Ortes überhaupt erst mal mobilisiert werden. Normalerweise gehen sie davon aus, daß es nicht ihre Verantwortung ist, daß andere etwas tun müssen. Insofern ist es wichtig, Verfahren zu entwickeln, die die Menschen erreichen.

Unsere Leistungsgesellschaft ist nicht nur eine Gesellschaft, in der nur Leistung gilt, sondern eine, welche bestimmt, was Leistung ist und wer sie leisten darf.
Gerhard Uhlenbruck
(geb. 1929)

Da ist das Babelberger Modell eine sehr erfolgreiche Strategie.

Zur Frage, ist lokale Ökonomie Ansatzpunkt, um die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen? Natürlich nicht. Sie kann Massenarbeitslosigkeit hier und heute nicht mit einem Schlag aus der Welt schaffen. Es sind aber die vielen kleinen Dinge, die Arbeitsplätze schaffen. Denn viele kleine Baustände bringen letztlich mehr Arbeit als ein Großbetrieb. Nur ein Beispiel dazu: Im Berliner Wedding ist aufgrund einer Defizitanalyse, die wir in einem Straßenblock, der drei Straßenzüge umfaßt, gemacht haben, ein Arbeitsplatzpotential von etwa 240 Plätzen sichtbar geworden, die dort geschaffen werden könnten, nur zum Zwecke der Versorgung der örtlichen Bevölkerung. Das zeigt, was für ein Potential darin steckt.

Was sind die Felder, wo es viel zu tun gibt? Das sind der ganze Bereich Ernährung und Wohnen, dezentrale technische Systeme für Ver- und Entsorgung, für Energie und Verkehr, das sind gemeindenahere Dienstleistungen, soziale Dienstleistungen, das ist lokale Kultur, der ganze Bereich der Infrastruktur und letztlich ist das die ökologische Reparatur von Stadt und Gemeinden. Alle diese Dinge zusammen haben ein Arbeitsplatzpotential, was unsere gegenwärtig vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland ohne weiteres beschäftigen könnte.

RAINER LAND: Letzteres kann ich nur unterstreichen. Analysen, die wir zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland gemacht haben, besagen: Wenn ich eine Million Mark in ein Großprojekt stecke, werden dafür im Durchschnitt zehn Prozent der Arbeitsplätze weg-rationalisiert. Wenn ich aber eine Million in lokale und regionale Projekte stecken würde, würden dadurch Arbeitsplätze geschaffen.

Sicherlich ist es auch wichtig festzustellen, daß es zur Selbsthilfe keine Alternative gibt und von Markt und Staat nichts kommen wird und nichts erwartet werden sollte. Ich meine aber, es gibt Möglichkeiten, Wirtschaft und Märkte und auch Staat anders zu verfassen, als es jetzt der Fall ist, so daß eine selbsttragende Entwicklung solcher integrierter regionaler Projekte möglich wird.

Welche andere Verfassung von Wirtschaft und Staat brauchen wir, damit solche Entwicklungen beginnen können? Wir brauchen Strukturen, die die ökonomische Rationalität auf die Bereiche begrenzen, wo sie einen bestimmten Sinn haben, die auf der anderen Seite jenen Bereichen individueller und organisierter Eigenarbeit, unbezahlter Gemeinschaftsarbeit die entsprechenden Freiräume schaffen. Wir brauchen Strukturen, die verhindern, daß ökonomische Rationalität, Kapitalverwertung und Geld zunehmend auch diese Bereiche der Eigenarbeit okkupieren. Also: ökonomische Rationalität begrenzen und Raum für die lebensweltlichen Bereiche schaffen. Will man das erreichen, muß man neben anderen Dingen auch über die Idee eines Grundeinkommens für alle weiter diskutieren. Ein Grundeinkommen, was flexibel und disponierbar ist, wo ich eine bestimmte Zeit, in der ich ein Erwerbseinkommen habe, dieses Grundeinkommen ansparen kann, um dann auch mal über längere Zeit z.B. Projekte zu machen, für die ich nicht bezahlt werde, die mich aber interessieren.

Dazu gehört ebenfalls, die Rahmenbedingungen, die wirtschaftspolitischen Zielstellungen so zu verändern, daß auf solche regionalen Integrationen gesetzt wird, sowohl auf Einzelprojekte als auch auf die Integration in regionalen Verbänden, die dann besser und auf Dauer zu einer selbsttragenden Entwicklung kommen. Da gibt es Ansätze. Es gründen sich Regionalforen, sicherlich manchmal auch mit ganz großen Projekten, die fragwürdig sind, aber oft haben sie auch Raum für bestimmte kleinere Dinge, z.B. im Raum Halle-Leipzig, in Thüringen, ländliche Kerne in Mecklenburg-Vorpommern... Diese Entwicklungen müssen wir sehen, müssen fragen, was können wir fordern, ebenfalls von seiten der Politik, in dieser Richtung Wirtschaftsförderung zu betreiben.